



Merkels „Wunschkoalition“ ist am Ende

Angela Merkel und Guido Westerwelle sprachen 2009 von einer „**Wunschkoalition**“. Im Koalitionsvertrag stand: „Die Koalition der Mitte nimmt ihre Arbeit für das kommende Jahrzehnt auf“.

Heute ist nur noch die Frage, ob diese Koalition überhaupt dieses Jahr übersteht. Die sogenannte „Wunschkoalition“ befindet sich in einem **fortgeschrittenen Zersetzungsprozess**. Der einzige Wunsch der Bürger ist das Ende dieser **schwarz-gelben Zumutung an die Deutschen**.

- Es geht CDU, CSU und FDP schon lange nicht mehr um Deutschland oder um die Menschen. Es geht Merkel, Rösler und Seehofer nur noch um **parteitaktische Machtspiele**, um die Krise der eigenen Partei zu überdecken.
- Der „Wunschpartner“ **FDP** wird von CDU/CSU ständig **gedemütigt**. Niemand nimmt die Möchtegern-Jungstars um Rösler und Lindner Ernst. Die FDP spielt auch fürs Regieren keine Rolle mehr. Die FDP lässt es geschehen, würde sie bei Neuwahlen doch sicher aus dem Parlament fliegen.
- Die Abgeordneten der **CDU/CSU** folgen immer **lethargischer** der chaotischen Politik ihrer Regierungsmannschaft. Nur mit Mühe bekommt Merkel Mehrheiten im Parlament zusammen.

Taktik und Klientelpolitik sind die Richtschnur der Regierung, das bürgerliche Wertesystem zerfällt

- Sie versprach im Wahlkampf, eine überparteiliche und präsidiale Kanzlerin zu sein, die eine Politik für alle Deutschen macht und ihre Entscheidungen „vernünftig“ fällt. Merkel hat die Menschen enttäuscht.
- Wegen den Wahlen in NRW versuchte Merkel zuerst jede politische Aktivität zu vermeiden. Wegen der Wahlen in Baden-Württemberg beschleunigte sie die Politik im „Herbst der Entscheidungen“. **Merkel ist Parteitaktik wichtiger als Politik für die Menschen zu machen.**
- **Merkel hat kein Wertefundament:** Dort, wo sie es parteitaktisch als sinnvoll erachtet, trifft sie die eine oder eben gegenteilige Entscheidung. Doch Merkel ist wegen ihrer Libyen-Entscheidung keine Pazifistin. Sie ist keine Atomkraftgegnerin wegen der Atomwende. Die Bundeskanzlerin zeigt sich **bereit, vorgeblich felsenfeste Überzeugungen umstandslos über Bord zu werfen, wenn es innenpolitisch und parteitaktisch von Nutzen ist**. Ob es dem Land nutzt, ist ihr egal. **Man weiß nicht, woran man bei Merkel ist.**
- **Merkels Regierung bringt in Deutschland keinen Fortschritt für die Menschen. Ihre Politik ist Rückschritt „in kleinen Schritten“:** Bei dem Einstieg in die Einführung der Kopfpauschale in eine Zweiklassen-Medizin. Beim wirtschaftlichen Aufschwung, in dem sie Langzeitarbeitslosen – Alleinerziehenden, jungen Leuten ohne Schulabschluss – die Chance nimmt, endlich in Arbeit zu kommen, indem sie Förderungen zusammenstreicht.



- **Merkel inszeniert sich als Naturwissenschaftlerin, die sich an Fakten hält. Diese Inszenierung ist heiße Luft.** Merkel bezeichnete die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken als „alternativlos“, als „Revolution“ und auf „Fakten basierend“. Auf einmal ist das Gegenteil der Fall.
- **Merkel hat nicht verhindert, dass Konzerne und Einzelinteressen wie Hoteliers, Finanzmärkte, Pharmaindustrie und Ärzte bedient wurden.** Dies geht soweit, dass Merkel bei der Energiewende nun jeden Anschein vermeiden muss, mit den Atom-Konzernen zu sprechen – und riskiert damit hohe Strafzahlungen, weil die Unternehmenschefs einfach auf Versprechungen Merkels von Herbst 2010 pochen. Diese Strafzahlungen werden die Steuerzahler bezahlen müssen. Merkel trägt die Verantwortung

Merkels Regierung ist ein „Symbol für schlechtes Regieren“

Seit fast zwei Jahren regieren CDU, CSU und FDP einfach schlecht. Damit setzt Schwarz-Gelb das Vertrauen der Bürger in die Politik immer mehr aufs Spiel.

- Ungenügende Umsetzung von Gesetzen wie Verunsicherung der Verbraucher bei der **Einführung von E10**, die **mangelhafte Bundeswehrreform/Wehrpflicht**, Verschlimmerung der Lage durch Zaudern und Poltern beim Europa-Schutzschirm.
- Viele Gesetzesvorschläge erhöhen die Bürokratie wie etwa beim Bildungspaket oder bei der Einführung der Kopfpauschale.
- Es müssen laufend Fehlentscheidungen rückgängig gemacht werden: (Laufzeitverlängerung, Polizeireform).
- Die Haushaltskonsolidierung ist auf Sand gebaut. Letztlich werden die Warnungen der Opposition bestätigt: Die Sparmaßnahmen sollen allein die sozial Schwachen bezahlen.

Merkel muss aufhören, von „alternativlos“ zu sprechen – Mindestlohn, Bürgerversicherung, Spekulantensteuer sind möglich

Merkel lehnt Forderungen nach einem

- Mindestlohn
- Bürgerversicherung
- Volksentscheide/direkte Demokratie auf Bundesebene
- Erhöhung Spitzensteuer

ab, weil diese nach Meinung Merkels nicht durchsetzbar seien.



Doch dies glaubt Merkel niemand mehr. Merkel hat auch immer die Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken als „**alternativlos**“ bezeichnet.

*„Bei der Kernenergie ist es so, dass wir nach den Szenarien, die uns jetzt übergeben wurden, sehen, dass aus energiefachlicher Sicht eine Verlängerung der Kernkraftwerk-Laufzeiten im zweistelligen Bereich wünschenswert ist“. (...) Daher seien **fachlich** 10 bis 15 Jahre vernünftig“ (ARD Bericht aus Berlin, 29.8.2010).*

*„Wir wissen, dass wir die Kernenergie (...) **als Brückentechnologie brauchen**“ (ARD Bericht aus Berlin, 29.8.2010).*

Jetzt legt Merkel die völlige Wendung ein. Auf einmal ist alles möglich. Schneller als man dachte. Es gab also auch andere Fakten und Alternativen.

Frau Merkel, das ist auch bei anderen Themen möglich!

Hintergrund:

Die Liberalen: Gedeemtigt und ohne Funktion

- Die CDU lässt der FDP keinen Platz zum atmen. Bei der Energiewende konnte Rösler fast nichts Substanzielles von den FDP-Vorstellungen durchsetzen (nicht alle sieben Meiler sollten abgeschaltet werden, Ausstiegskorridor statt festes Enddatum); bei der Steuerfrage und innerer Sicherheit wird die FDP an die Wand gedrückt.
- In der FDP wird gemutmaßt, die Union wolle Rösler als sympathischen, aber harmlosen Schwächling dastehen lassen. Merkel faltete Rösler mehrfach zusammen, Wolfgang Schäuble zog Rösler über den Tisch, als er ein vertrauliches Abendessen in der BamS so zusammenfasste, dass Rösler die Steuersenkung nun zurückstelle und der Haushaltskonsolidierung Vorrang einräume.
- Der Versuch Lindners, die Eigenständigkeit der FDP darzustellen, indem er sich von den Kabinetts-Beschlüssen der Regierung distanzierte, wurde allein als Schwäche und Machtlosigkeit interpretiert. Lindner erweckte in einem Interview den Eindruck, Merkel und Seehofer hätten Warnungen der Liberalen vor drohenden Klagen der Atomkonzerne gegen die stufenweise AKW- Abschaltung ab 2015 vom Tisch gewischt. Deshalb hätten Merkel und Seehofer die politische Verantwortung für mögliche Klagen der Konzerne zu tragen
- Innerhalb des Machtkampfs zwischen der neuen Parteiführung und den alten in der FDP wurde Lindner daraufhin von Fraktionschef Brüderle regelrecht vorgeführt. Brüderle: „Ich habe im Koalitionsausschuss keine rechtlichen Bedenken vernommen“. Auch die zuständige FDP-Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger hätte Bedenken erhoben. Der „Politikwissenschaftler“ Lindner sei nun offensichtlich zu einer anderen rechtlichen Bewertung des Problems der Reststrommengen gekommen.



Die CDU: Lethargisch und entkernt

- Bei den Reden von Merkel und Umweltminister Röttgen zum Atomausstieg, klatschen eigentlich nur SPD und Grüne, nicht die Abgeordneten der Koalition. Nur mit Mühe und Not konnte Merkel ihre Mehrheiten zusammenhalten.
- Die Kritik an Merkels Macht-Taktiererei hört man mittlerweile auf jeder CDU-Veranstaltung: der Vorsitzende des Wirtschaftsrates Lauk sagte etwa: „*Je grüner die CDU wird, desto glaubwürdiger wird das Original*“. Die CDU sei „*in einer der schwersten Orientierungs- und Identitätskrisen ihrer Geschichte*“. An Merkel gewandt: „*Werte binden, Taktik nicht*“. Bindewirkung entfalte eine Partei nur, wenn sie auch langfristig an ihren Grundsätzen festhalte.